

Analyse

Russland im Nahen Osten

Margarete Wiest, München/Regensburg

Zusammenfassung

Der Ausgang des Irakkriegs und die Versuche der Regierung Bush, die gesamte Nahostregion neu zu ordnen, stellen die russische Nahostpolitik vor große Herausforderungen. Moskau muss befürchten, von den fälligen Entscheidungen in der Region ausgeschlossen zu werden. Andererseits verfügt die russische Regierung nicht über die nötigen Ressourcen, um im Nahen Osten als *global player* aufzutreten. Das Hauptproblem besteht jedoch im Fehlen einer klaren Strategie für die weltpolitisch bedeutsame Region. So lange eine solche fehlt, wird die russische Nahostpolitik auch weiterhin von einem kurzfristigen, vor allem innen- und wirtschaftspolitisch motivierten Interessenkalkül bestimmt sein.

Russlands Nahostpolitik in den 90er Jahren: zwischen Rückzug und virtueller Großmachtpolitik

Mit den Anschlägen am 11. September 2001 rückte der Nahe Osten wieder ins Blickfeld der internationalen Aufmerksamkeit. Für Russland geht es in der Region vor allem um geo- und sicherheitspolitische Interessen. Zum einen befindet sich Russlands fragile Südflanke in unmittelbarer Nachbarschaft zu den nahöstlichen Konfliktherden. Ferner beobachtet die russische Führung den amerikanischen Machtwuchs in der Region mit Sorge. Schließlich spielt der Nahe Osten als Devisenbringer für die Rüstungs- und Nuklearindustrie eine wichtige Rolle.

In den 90er Jahren durchlief Russlands Nahostpolitik zwei Phasen. Am Beginn des ersten Abschnitts standen der Golfkrieg von 1991 und der Zerfall der Sowjetunion. Beide Ereignisse veränderten die Ausgangslage für die sowjetische / russische Nahostpolitik. Während die USA zur dominanten Militärmacht in der Golffregion aufstiegen, verlor Moskau, das primär mit seinen inneren Problemen beschäftigt war, an politischer und wirtschaftlicher Anziehungskraft für die Staaten der Region. Folge war ein Rückzug Russlands aus dem Nahen Osten. Dies hing zum einen damit zusammen, dass es Moskau schlicht an den Ressourcen für eine aktiveres Politik mangelte, zum anderen spiegelte sich darin das geringe Interesse an den so genannten „Marginalländern“ des Nahen Ostens wider. Anfang der 90er Jahre war das übergeordnete Ziel russischer Außenpolitik die schnellstmögliche Westintegration des Landes. Diesem Vorhaben wurden die Beziehungen zu den übrigen Regionen der Welt untergeordnet. Dementsprechend verfolgte Moskau im Nahen Osten bis 1993/94 eine zurückhaltende und auf enge Kooperation mit den USA ausgerichtete Politik.

Als im Zuge des Machtkampfes mit dem Parlament Boris Jelzins Westkurs in die Kritik geriet, zog der po-

litische Schwenk auch eine Änderung der russischen Nahostpolitik nach sich. Russland, das sich nun wieder als Großmacht gerierte, verfolgte zunehmend eine Politik, die im Gegensatz zu amerikanischen Interessen stand. So schlüpfte Moskau erneut in die traditionelle sowjetische Rolle als Anwalt des Irak, indem es die Aufhebung der UN-Sanktionen forderte, die es bis 1994 mitgetragen hatte. Außerdem begann es, mit dem Iran im Bereich der zivilen Nukleartechnologie zusammen zu arbeiten. Die Versuche, in Abgrenzung von den USA wieder Großmachtpolitik zu betreiben, waren aber nur mäßig von Erfolg gekrönt und konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es Russland an einer klaren Strategie im Nahen Osten mangelte. Die russische Nahostpolitik wurde von einzelnen Gruppen und Branchen, wie der Rüstungsindustrie und dem Atomministerium, dominiert, die ihre kurzfristigen Partikularinteressen verfolgten. Sie war ein Beispiel für den chaotischen außenpolitischen Entscheidungsprozess, der von Nebenaußopolitiken und institutionellem Wildwuchs gekennzeichnet war.

Die Dilemmata des Präsidenten Putin

Am diesigen grundsätzlichen Problemen änderte auch Putins Amtsantritt nichts. Die Nahostpolitik des außenpolitischen Neueinsteigers zeichnete sich zunächst durch Kontinuität aus, zumal sein Interesse an der Region eher gering war. Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Situation jedoch einschneidend. Putin suchte mit den USA den Schulterschluss im Anti-Terror-Kampf. Allerdings zeigten sich gerade im Nahen Osten schnell die Grenzen der neuen Partnerschaft. Beide Seiten definieren – wie das Beispiel Irak zeigte – den internationalen Terrorismus offensichtlich ganz unterschiedlich und auch ihre Bedrohungsperzeptionen weichen – wie am Beispiel Iran ersichtlich – deutlich voneinander ab.

Putin ist in der Nahostregion mit zwei Dilemmata konfrontiert. Er versteht, dass er sein übergeordnetes Ziel, Russland wieder zu einer Großmacht zu machen,

nur dann erreichen kann, wenn die russische Wirtschaft gesundet. Die Ökonomisierung der Außenpolitik führt im Nahen Osten jedoch zu ambivalenten Ergebnissen. Aus kurzfristigen Überlegungen fördert sie die Rüstungs- und Nuklearkooperation mit so genannten „Schurkenstaaten“ wie Iran und Syrien, da nur so die für den Großmachtstatus wichtigen High-Tech-Industrien am Leben erhalten werden können. Zugleich werden durch solche Projekte, wie den Bau eines Atomkraftwerks im iranischen Bushehr, aber die Beziehungen zu den USA teils massiv belastet, was sich wiederum nachteilig auf das übergeordnete Ziel – die Integration in die Weltwirtschaft – auswirkt.

Das zweite Dilemma Moskaus besteht darin, dass es aufgrund seiner eigenen Schwäche und der Dominanz der USA mittelfristig keine kohärente Strategie im Nahen Osten implementieren kann. Stattdessen ist es auf ein „System von Aushilfen“ angewiesen, d.h. auf wechselnde Interessenkoalitionen mit teils konkurrierenden Staaten. So wird sich Russland z.B. im Irak-Konflikt, einmal mehr an Frankreich und Deutschland, dann wieder eher an die USA anlehnen, während es in anderen Bereichen, wie dem Kaukasus und Zentralasien, mit dem Iran kooperiert. Eine solche Taktik mag dazu dienen, die russische Position im Nahen Osten kurzfristig zu sichern. Sie ist jedoch äußerst fragil und birgt daher die Gefahr des Scheiterns in sich. Wie begrenzt die russischen Handlungsmöglichkeiten im Nahen Osten tatsächlich sind, wird deutlich, wenn man Russlands Rolle im Irak und bei den internationalen Vermittlungsversuchen im israelisch-palästinensischen Konflikt betrachtet.

Russlands Irakpolitik

Im Irakkonflikt galt Russland bis zum Einmarsch amerikanischer und britischer Truppen am 20. März 2003 neben den USA und der UNO als einer der wichtigen externen Akteure. Das lag zum einen daran, dass dieser Konflikt im UN-Sicherheitsrat institutionalisiert war, wo Moskau ein Vetorecht besaß, zum andern an den besonderen Beziehungen, die Russland seit Jahrzehnten mit Bagdad verbinden.

Es verwundert daher nicht, dass Moskau eine militärische Lösung des Konflikts stets ablehnte. Man fürchtete, ein Krieg ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats würde diesen und damit eine der wenigen verbliebenen Großmachtressourcen Russlands schwächen. Des Weiteren sorgte man sich um die Gültigkeit der mit dem Hussein-Regime geschlossenen Wirtschaftsverträge. Russische Firmen waren aktiv am Öl-für-Lebensmittel-Programm beteiligt. Beispielsweise wickelte

die irakische Seite 40% ihrer Ölexporte über russische Unternehmen ab. Große Ölfirmen hatten in den 90er Jahren lukrative Deals mit dem Irak abgeschlossen. Z.B. erhielt LUKoil den Zuschlag zur Ausbeutung eines der weltweit ergiebigsten Ölfelder, West-Qurna II. Dieses sollte dem Unternehmen in den kommenden 35 Jahren 20 Mrd. US\$ Einnahmen bescheren.

Das Vorgehen der USA im Irak zeigte die Grenzen der russischen Handlungsfähigkeit. Trotz seiner starken Stellung in diesem Konflikt konnte Russland den Krieg nur verzögern, nicht aber verhindern. Weder die enge Koordinierung seiner Politik mit Berlin und Paris, noch die taktische Kehrtwende in der Frage der Sanktionen und Waffeninspektionen konnten etwas Substantielles an dem Gang der Ereignisse ändern. Anders als während der Irakkrise von 1997/98 führte der Krieg diesmal aber nicht zu einer massiven Belastung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Zwar erklärte Putin am 28. März 2003, der Angriff auf den Irak stelle den ernstesten Konflikt seit dem Ende des Kalten Krieges dar. Zugleich sei Russland aber weiterhin an guten Beziehungen zu Washington interessiert. Dahinter steht die Einsicht des Pragmatikers Putin, dass eine erfolgreiche russische Irakpolitik in Zukunft nur über die USA möglich ist.

Zu den dringendsten Anliegen Russlands gehört im Moment – neben der Stärkung der UNO und der schnellen Übertragung der vollen Souveränität an die Iraker – die Sicherung der Verträge russischer Firmen. Hierzu wird bereits mit der neuen irakischen Übergangsregierung verhandelt. Moskau verfügt dabei über zwei *bargaining chips*: zum einen kann es einen (Teil)Erlass der noch aus sowjetischer Zeit stammenden irakischen Schulden im Wert von 8 Mrd. US\$ anbieten. Zum anderen könnte es – darüber wird spekuliert – ein Kontingent zur Verstärkung der Koalitionstruppen entsenden. Zwar wird dies von russischer Seite dementiert; angesichts der anstehenden Präsidentenwahlen in den USA könnte eine solche Unterstützungsgeste jedoch durchaus zu politischen Gegenleistungen führen.

Russland und der israelisch-palästinensische Konflikt

Im Gegensatz zum Irakkonflikt nahm Moskau im israelisch-palästinensischen Konflikt nie eine herausgehobene Position ein. Das lag daran, dass die UNO hier nur eine geringe Rolle spielt und keine der Konfliktparteien dringend auf die Unterstützung Russlands angewiesen ist. Der Handlungsspielraum Moskaus ist daher stark begrenzt.

Eine unilaterale Strategie ist unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt. Das zeigte sich deutlich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als Russland versuchte, im Alleingang und in klarer Frontstellung zu den USA Politik zu betreiben. Im Ergebnis war Russland Ende der 90er Jahre aus dem nahöstlichen Friedensprozess faktisch ausgeschlossen.

Erfolg versprach einzig eine multilaterale Herangehensweise. Das ließ sich Anfang der 90er Jahre beobachten, als Russland als geachteter Ko-Sponsor beim Zustandekommen des Oslo-Abkommens mitwirkte. Auch Putin erkannte diese Notwendigkeit und schloss sich bereitwillig dem Nahostquartett internationaler Vermittler an (UNO, USA, EU, Russland). Die von diesem im Dezember 2003 herausgegebene *roadmap* floßte dem Friedensprozess wieder neues Leben ein. Russlands Chancen, über diesen Weg wieder eine größere Rolle in der Region zu spielen, standen bis vor kurzem nicht schlecht. Von palästinensischer Seite wurde ein Engagement Russlands begrüßt, federte es doch den übermächtigen amerikanischen Einfluss etwas ab. Zugleich haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Israel verbessert, was zum einen daran liegt, dass Israel Russlands wichtigster Handelspartner im Nahen Osten ist, und zum anderen, dass in Israel mittlerweile jeder sechste Bürger aus der Ex-UdSSR stammt und diese Gruppe auf enge Beziehungen mit Russland drängt.

Doch bereits Mitte April 2004 zeigte sich, wie schwach Russlands Einfluss tatsächlich war. Es konnte nämlich nicht verhindern, dass die *roadmap* von Israel und den USA *de facto* zu Grabe getragen wurde. Für Russland bedeutet dies vorläufig, dass es im nahöstlichen Friedensprozess erneut marginalisiert ist. Es hat erst dann wieder eine Chance auf Einflussnahme, wenn Israel und die USA das Instrumentarium des Nahostquartetts erneut in Anspruch nehmen.

Ausblick

Russland ist im Moment im Nahen Osten nicht mehr als eine Randgröße. Seine Position wurde durch den Ausgang des Irakkriegs, die Umgehung der UNO bei den wichtigsten Entscheidungen und das vorläufige Ende der *roadmap* deutlich geschwächt. Das muss jedoch nicht immer so bleiben. Auch wenn die Bush-Regierung weitreichende Pläne zur Neuordnung der gesamten Region hat (*Greater Middle East Initiative*), so zeigt doch gerade die Situation im Irak die Grenzen der amerikanischen Gestaltungsmacht. Unter diesen Bedingungen kann Russland für die USA wieder an Bedeutung gewinnen, wie deren Drängen auf Entsendung russischer Truppen in den Irak zeigt. Für die Staaten der Region wiederum könnte Russland gerade wegen seiner USA-kritischen Haltung zu einem Bezugspunkt werden. Letztendlich hängt Russlands Erfolg im Nahen Osten aber von einer Stärkung seines ökonomischen Potentials ab.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Dr. Margarete Wiest ist Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Literaturtipps:

Manfred Sapper: Ein schwieriger Balanceakt. Russlands Irakpolitik in Zeiten des Anti-Terror-Kampfes, in: Osteuropa, 12/2002, S. 1535–1546.

Eugene Rumer: Dangerous Drift. Russia's Middle East Policy, Washington 2000.